

Ihre Gesprächspartner:innen:

Andreas Stangl

Mag.^a Dagmar Andree, MBA

Präsident der AK Oberösterreich

Leiterin der Abteilung Wirtschafts-,
Sozial- und Gesellschaftspolitik

**Starker Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit
muss gestoppt werden -**

AK Oberösterreich fordert Arbeitsmarktpaket

Pressekonferenz

Montag, 4. März 2024, 10 Uhr

Arbeiterkammer Linz

Fast 10.000 jungen Menschen war es im Jänner 2024 in Oberösterreich nicht möglich, nachhaltig am Arbeitsmarkt anzukommen. Sie kämpfen mit Arbeitslosigkeit und sehen kaum Perspektiven. Auch Corona hat hier Spuren hinterlassen. Vielfach müssen sich junge Menschen mit unterschiedlichsten Problemen auseinandersetzen, werden dabei aber zu oft alleine gelassen. Der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit ist in Oberösterreich besonders stark. Doch die politischen Verantwortlichen und Betriebe lassen die betroffenen Jugendlichen im Stich. Nicht-Handeln und Kürzungen beim arbeitsmarktpolitischen Budget sind völlig unverständlich in Anbetracht der Auswirkungen von Arbeitslosigkeit. Durch höheres Arbeitslosigkeitsrisiko, schlechteren Gesundheitszustand und geringeres Einkommen hängen die Folgen den Jugendlichen oft ihr ganzes Leben lang nach.

Manche Unternehmensvertreter:innen beklagen gebetsmühlenartig „einen hohen Fachkräftebedarf“, verzichten jedoch bei der ersten Auftragsflaute auf Ausbildungsmaßnahmen. Betriebe müssen aber gerade jetzt Jugendliche ausbilden. Nicht nur aus eigenem, betrieblichem Interesse, sondern weil sie auch eine gesellschaftliche Verantwortung haben. Dabei muss allen jungen Menschen, und nicht nur jenen mit guten Noten, eine Chance gegeben werden. Daher braucht es begleitende Maßnahmen und Angebote, die den jungen Menschen in ihrer Situation individuell und längerfristig helfen.

Jugendarbeitslosigkeit hat weitreichend negative Folgen

Arbeitslosigkeit hat generell, aber ganz speziell bei Jugendlichen, weitreichend negative Folgen. Dieser Lebensabschnitt ist von Sozialisation und Identitätsfindung geprägt. Erwerbstätigkeit und (Aus-)Bildung spielen dabei eine zentrale Rolle. Jugendarbeitslosigkeit kann hingegen zu nachhaltigen Problemen führen.

Frühzeitiges Gegensteuern der Arbeitsmarktpolitik notwendig

Obwohl allen politischen Verantwortlichen – von Arbeitsminister Kocher über das Arbeitsmarktservice (AMS) bis zur oberösterreichischen Landesregierung – die alarmierenden Zahlen und Fakten bekannt sind, fehlt eine öffentlich erkennbare Bereitschaft, aktiv und frühzeitig dieser negativen Entwicklung entgegenzuwirken. Die Aufmerksamkeit des Arbeitsministers gilt offenbar vorrangig Leistungskürzungen und der Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages. Durch die letzte Kürzung gingen 100 Millionen Euro verloren. Geld, das man dringend für

arbeitsmarktpolitische Maßnahmen brauchen würde. Der Kampf gegen die steigende Jugendarbeitslosigkeit scheint keine Priorität zu haben.

Das Förderbudget des AMS insgesamt und auch jenes speziell für Jugendliche, bleibt nominell auf dem Niveau von 2023. Real bedeutet dies aber aufgrund der hohen Inflation eine Kürzung der Mittel. Die steigende Jugendarbeitslosigkeit sowie die neu zu betreuende Gruppe beeinträchtigter Jugendlicher (bislang als arbeitsunfähig eingestuft und daher vom AMS nicht betreut), erfordern eine Aufstockung der Mittel. Das Arbeitsprogramm des AMS OÖ betrachtet Jugendliche zwar als wichtige Zielgruppe, aber die schwache finanzielle Ausstattung der Unterstützungsangebote für Jugendliche und die quantitativen Zielvorgaben lassen keine Offensive erkennen. Diese Haltung setzt sich im oberösterreichischen Pakt für Arbeit und Qualifizierung fort, bei dem AMS, Sozialministeriumservice und Land Oberösterreich ihre Mittel bündeln und koordinieren.

Psychische Probleme werden außer Acht gelassen

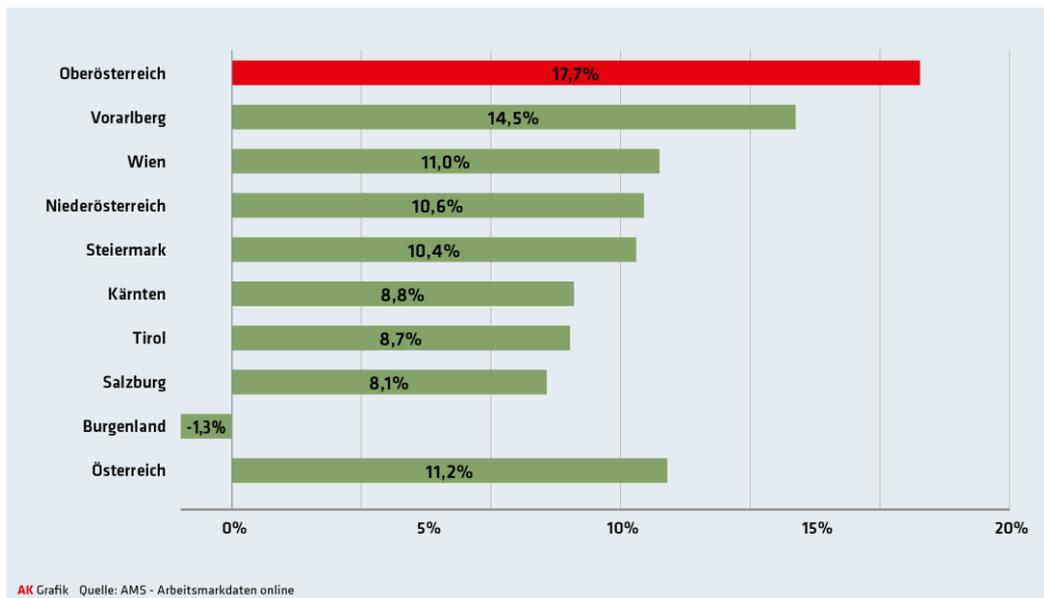
Bei den Aktivitäten für Jugendliche dominiert das Thema Berufsorientierung. Neue zusätzliche Angebote gibt es kaum. Jugendliche kämpfen nicht nur mit der Orientierung, sondern vermehrt mit psychischen Problemen unter anderem als Folge der Corona-Pandemie. Hier braucht es nachhaltige Programme. Eine der wenigen Ausnahmen ist das Projekt „All-in-One“, das die AK Oberösterreich mittels Ausbildungsoffensive fördert. Doch statt mit aller Kraft benachteiligte Jugendliche zu unterstützen und damit zusätzliches Potenzial für Fachkräfte zu gewinnen, wendet man viel Energie dafür auf, Jugendliche aus weiterführenden Schulen für eine Lehre abzuwerben oder junge, qualifizierte Menschen aus dem Ausland anzulocken.

Trauriger Rekordanstieg in Oberösterreich

Im Jänner waren 9.978 Jugendliche in OÖ beim AMS vorgemerkt – ob arbeitslos, lehrstellensuchend oder in einer AMS-Schulung. Das ist um ein Sechstel (+17,7 Prozent) mehr als noch vor einem Jahr. Damit weist Oberösterreich den stärksten Anstieg der Jugendlichen ohne Beschäftigung aller Bundesländer auf.

BESCHÄFTIGUNGSLOSE JUGENDLICHE

15- BIS 24-JÄHRIGE ARBEITSLOSE, LEHRSTELLENSUCHENDE UND PERSONEN IN AMS-SCHULUNGEN
(VERÄNDERUNG ZWISCHEN JÄNNER 2023 UND JÄNNER 2024 IN PROZENT)



Den größten Anstieg (+26,9 Prozent) gab es dabei bei den arbeitslosen Jugendlichen. Die schwache Konjunktur schlägt sich bereits auf die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe nieder, die Zahl der Lehrstellensuchenden hat sich um 20 Prozent erhöht. Hingegen ist die Zahl der Jugendlichen in AMS-Schulungen „nur“ um 5,3 Prozent gewachsen. Bei den 15- bis 19-Jährigen sind sogar etwas weniger in Schulung als im Vorjahr.

Probleme auch bei Lehre

In der aktuellen Situation müsste die Arbeitsmarktpolitik die Schulungsaktivitäten ausweiten, die politisch Verantwortlichen kürzen jedoch das Förderbudget und lassen die betroffenen Jugendlichen oft ohne Unterstützung. Rund 60 Prozent dieser jungen Erwachsenen haben keine Berufsausbildung. Aktuell steigt die Arbeitslosigkeit aber auch bei jenen Jugendlichen, die eine Lehre oder weiterführende Schule abgeschlossen haben. Hier verbessern Zusatzqualifikationen die Beschäftigungschancen. Da Betriebe nach wie vor gut ausgebildete Fachkräfte suchen, ist dieser Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit unverständlich.

Die Politik muss den Jugendlichen eine Ausbildung bieten, die zukunftsträchtig ist. Wenn es für etliche Jugendliche beim Zugang zur betrieblichen Lehre Probleme gibt, sind Alternativen gefragt. Die Überbetriebliche Ausbildung (ÜBA) ist daher keine Konkurrenz, sondern eine Ergänzung zur betrieblichen Lehre. Aber auch sie muss

den jungen Menschen einen ersten Schritt ins eigenständige Leben ermöglichen. Die viel zu geringe finanzielle Leistung erhöht nicht die Leistungsbereitschaft.

Ausbildungsbereitschaft der Betriebe bricht ein

Während sich die Zahl der Lehrstellensuchenden um ein Fünftel erhöht hat, bieten die Betriebe um ein Achtel weniger offene Lehrstellen an, wobei der Rückgang in manchen Regionen dramatisch ist (im Bezirk Kirchdorf -39,3 Prozent und in Vöcklabruck -43,8 Prozent). Die Entwicklung zeigt ein bekanntes Muster: Bricht die Konjunktur ein, schränken viele Betriebe umgehend ihre Lehrlingsausbildung ein. So gab es Ende 2023 mit 22.521 Lehrlingen in Oberösterreich um 157 Jugendliche weniger in einer Lehrausbildung als im Jahr zuvor. Der Rückgang der Ausbildungsbereitschaft zeigt sich vor allem bei den Lehranfänger:innen. Die Zahl der Lehrlinge im ersten Lehrjahr hat sich um 4,5 Prozent auf 6.779 reduziert. Und noch eine bedenkliche Zahl: Im Vorjahr haben sich weitere 130 oberösterreichische Betriebe aus der Lehrlingsausbildung zurückgezogen. Bei anhaltender Konjunkturschwäche ist im Sommer mit einer weiteren Reduktion der Lehrlingsausbildung zu rechnen.



Wirkungslose Lehrstellenförderung

Die betriebliche Lehrstellenförderung in der derzeitigen Form ändert weder bei der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe noch an der -qualität etwas. Sie hat aufgrund der hohen Basisförderung ohne Kriterien nur wenig Wirkung. Bei einer Unternehmensbefragung durch das Institut Market im Jahr 2020 gaben 66 Prozent an, dass eine finanzielle Unterstützung ihr Einstellverhalten von Lehrlingen nicht beeinflussen würde.

Das bedeutet, dass eine zusätzliche betriebliche Lehrstellenförderung bei zwei Dritteln der Unternehmen keine Wirkung hat und für diese ein unnötiges Körbergeld ist. Geld, das an anderer Stelle fehlt.

Erfolgsbeispiele aus der AK-Ausbildungsoffensive

Die Arbeiterkammer Oberösterreich kann zwar das zu knappe Budget für Arbeitsmarktpolitik und falsche politische Prioritätensetzungen nicht kompensieren, mit ihrer Ausbildungsoffensive werden aber innovative Vorzeigeprojekte angestoßen.

Die AK-Ausbildungsoffensive zeigt, wie junge Menschen beim Einstieg in die Arbeitswelt erfolgreich unterstützt werden können. Im Rahmen des Ausbildungsfonds werden Projekte wie „All in One“ gefördert. Der Verein zur Förderung von Arbeit und Beschäftigung (FAB) hilft langzeitarbeitslosen jungen Erwachsenen zwischen 18 und 24 Jahren, sich nachhaltig in die Erwerbsarbeit zu integrieren. Aber der AK-Ausbildungsfonds unterstützt nicht nur den Einstieg in den Arbeitsmarkt, sondern auch Projekte, die sich gezielt mit der Qualität und Nachhaltigkeit der Ausbildungen befassen, Abbrüche von Bildungs- und Ausbildungskarrieren verhindern, psychosoziale Unterstützung leisten oder benachteiligte Gruppen ganz bewusst stärken. Sie sind notwendig, um den unterschiedlichsten Bedürfnissen junger Menschen in diesem sensiblen Lebensabschnitt gerecht zu werden.

So bereitet beispielsweise das Projekt „ADDucation“ des Ausbildungszentrums Braunau die Technologie der Additiven Fertigung altersadäquat für Lehrlinge aus metall- und elektrotechnischen Lehrberufen auf. Damit erhalten die Lehrlinge eine zukunftsorientierte Ausbildung und wichtige Kompetenzen für ihren weiteren beruflichen Werdegang.

„ScheinOnMe“ richtet sich an junge Menschen, die den Führerschein B im Zusammenhang mit dem Beruf brauchen und ihn aus eigener Motivation absolvieren wollen. Die Jugend am Werk GmbH führt das Projekt im Auftrag der AK Oberösterreich durch. Förderlehrer:innen geben dabei gezielte Lernunterstützung,

um sich auf die theoretische Prüfung vorzubereiten. Immerhin ist der Führerschein in vielen Berufen Voraussetzung, um bei Abschluss der Lehre vom Betrieb übernommen zu werden. Demnächst startet zudem ein Schulungsangebot für Lehrlingsausbildner:innen, um psychische Probleme zu erkennen und die richtige Vorgangsweise zu wählen. Dadurch sollen Lehrabbrüche, Ausbildungsschwierigkeiten und Konflikte reduziert werden.

AK-Ausbildungsfonds als Motor und Chance

Der Ausbildungsfonds zeigt, wie viel Potential in Pilotprojekten steckt. Für die langfristige Unterstützung junger Menschen benötigt es aber ein flächendeckendes Angebot, für das die Projekte aus der AK-Ausbildungsoffensive wertvolle Impulse sein können. Pilotprojekte können aktuell immer noch im Ausbildungsfonds eingereicht werden. Die Einreichfrist läuft bis 28. April 2024. Alle weiteren Informationen sind unter ausbildungsfonds.at zu finden.

Forderungen der AK Oberösterreich auf Bundesebene

Lehre

- Ausbildungspflicht bis 18 Jahre sollte in eine echte Ausbildungsgarantie umgewandelt werden. Das Angebot an überbetrieblichen Lehrausbildungsplätzen muss rasch bedarfsgerecht aufgestockt werden.
- Die Kürzung der Ausbildungsbeihilfe in überbetrieblichen Lehrausbildungen ist zurückzunehmen. Derzeit erhalten die Jugendlichen statt 890,7 Euro im ersten und zweiten Lehrjahr nur 385,50 Euro zwölfmal pro Jahr und keine Sonderzahlung. Gerade längerfristige Ausbildung muss attraktiv und leistbar für junge Menschen sein, um den Auszug von daheim und den Schritt in die Eigenständigkeit zu ermöglichen.
- Generell ist die betriebliche Lehrstellenförderung effizienter zu gestalten: Mitnahmeeffekte sind zu minimieren, die Ausbildungsqualität zu verbessern und die Fördermittel gerechter zu verteilen. Es sollten Anreize für Ausbildungsbetriebe geschaffen werden, die lernschwachen Jugendlichen eine Perspektive eröffnen.

Übergang von Schule zu Beruf

- Die Kapazitäten des kostenlosen psychologischen und psychotherapeutischen Angebots müssen rasch erweitert werden.
- Niederschwellige Ausbildungs- und Beschäftigungsformen wie Produktionsschulen müssen ausgeweitet werden. Der Ausbau von Unterstützungsstrukturen in der Schule (zum Beispiel Jugendcoaching) und der sozialraumorientierten Jugendarbeit müssen fortgesetzt werden.

Angebote für arbeitsunfähige Jugendliche

- Das AMS-Budget muss deutlich und speziell für Jugendliche erhöht werden. Das AMS hat den gesetzlichen Auftrag, sich auch um Jugendliche zu kümmern, die bisher als „arbeitsunfähig“ eingestuft wurden. Sie sollen mehr Möglichkeiten bekommen, dabei werden auch Betriebe besonders gefordert sein. So könnten spezielle gemeinnützige Beschäftigungsprojekte hilfreich sein. Dafür braucht es Personal- und Budgetressourcen beim AMS.

Maßnahmen auf Landesebene

- Nach wie vor sieht das Land Oberösterreich im Pakt für Arbeit und Qualifizierung keine Offensive für Jugendliche vor. Für eine solche, und damit für eine effektive Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche, muss das Land Oberösterreich wesentlich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.

Verantwortung der Betriebe

- Betriebe sollen mehr junge Menschen zu Fachkräften ausbilden und auch Jugendlichen mit nicht so guten Noten eine Chance geben.
- Statt auf Sanktionen und Kürzungen beim Arbeitslosengeld zu drängen, sollten sich Betriebe als attraktive Arbeitsgeber positionieren.